



Unterrichtsangebote (1) / Politikunterricht in heterogenen Lerngruppen

Demokratie – was hat das mit mir zu tun?

Ein Mystery für den inklusiven Politikunterricht in der Sekundarstufe I
von Jan Eike Thorweger

Zum Autor

Jan Eike Thorweger, M.Ed., ist Lehrer und bildet als Fachleiter am Landesinstitut für Schule in Bremen Politiklehrkräfte aus. Zudem ist er Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover. Im Fokus seiner Tätigkeit stehen häufig Fragen des politischen Lernens in heterogenen Lerngruppen (vgl. Thorweger (2020), S. 287–302. In: [Meyer, D./Hilpert, W./Lindmeier, B. \(Hrsg.\): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn](#))

Kontakt: jthorweger@lis.bremen.de
jan.thorweger@idd.uni-hannover.de

Impressum

Herausgeberin

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de

E-Mail der Redaktion

edu@bpb.de

Redaktion

Wolfram Hilpert, bpb

Autor

Jan Eike Thorweger

Gestaltung

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln

Fotonachweis:

Titel: Stefan Boness/IPON/Süddeutsche Zeitung Photo

Redaktionsschluss

April 2022

Veröffentlichung

1. Ausgabe, August 2022

Lizenz

Dieses Werk steht – soweit nicht durch Copyright-Angaben anders gekennzeichnet – unter der **Lizenz CC BY-SA 4.0**.

Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Ihren Unterricht nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autoren/-innen und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz.

Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte mit Copyright-Angabe.

Die Attribution soll wie folgt lauten:

inklusive politisch bilden - Unterrichtsangebote | 1,

Autor: Jan Eike Thorweger,

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb (2022), Lizenz: CC BY-SA 4.0

Hinweis

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten Dritter nicht verantwortlich.

Inhalt

	Seite
Zum Autor	2
Impressum	2
Didaktisch-methodische Hinweise	
• Vorwort der Redaktion	4
• Einleitung	4
• Zur Bedeutsamkeit des Lerngegenstandes	5–7
• „Teilhabe für alle“ als Zielsetzung eines inklusiven Politikunterrichts	7–9
• Methodischer Rahmen für einen inklusiven Politikunterricht: Mystery	9
• Erläuterungen zur konkreten Umsetzung	10–13
Arbeitsmaterialien für den Unterricht	
• Gemeinsame Aufgabe, gemeinsames Arbeitsblatt 1 (Einstieg/Logbuch)	14–16
• Arbeitsblatt 2 A: Aufgaben und Arbeitsmaterial für die Gruppe A - Basisniveau	17–22
• Arbeitsblatt 2 B: Aufgaben und Arbeitsmaterial für die Gruppe B - mittleres Niveau („Regelniveau“)	23–29
• Arbeitsblatt 2 C: Aufgaben und Arbeitsmaterial für die Gruppe C - Erhöhtes Anspruchsniveau (Perspektive Übergang in die Gymnasiale Oberstufe).	30–37
• Arbeitsblatt 3: Aufgaben und Arbeitsmaterial für gemischte Teams aus den Gruppen A, B und C	38–39
• Methodenkarten: Arbeitshilfe für den Politikunterricht (Je nach Voraussetzungen der Lerngruppe: Material für die Schüler/-innen oder zur Orientierung für die Lehrkräfte)	40–44

Vorwort der Redaktion

Dieses Unterrichtsangebot für den Politikunterricht in der Sekundarstufe I ist als ein Beispiel konzipiert, wie in heterogen zusammengesetzten Lerngruppen Unterricht mit einem gemeinsamen Lerngegenstand möglich ist.

Nach einer ausführlichen didaktischen und methodischen Begründung der Unterrichtskonzeption finden Sie Aufgabenstellungen und Arbeitsmaterialien und sowohl für die gemeinsame Arbeit in heterogen zusammengesetzten Lerngruppen, als auch solche für Gruppenarbeit auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus.

Einleitung

Der Lerngegenstand Demokratie ist für die politische Bildung von herausgehobener Bedeutung. Dies ist etwa daran zu erkennen, dass die Vermittlung von demokratiebezogenen Wissensbeständen, Fähigkeiten und Einstellungen über unterschiedliche politikdidaktische Kompetenzmodelle hinweg gleichermaßen als bedeutsam eingeschätzt wird (vgl. Massing 2020: 21 ff.). Auch die *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)* stellt in ihrem im Jahr 2004 vorgelegten Entwurf für Nationale Bildungsstandards für den Politikunterricht heraus, dass politische Bildung einen wichtigen Beitrag „[...] zur stets neu zu schaffenden Demokratiefähigkeit junger Menschen“ leiste (GPJE 2004: 9). Schließlich lässt sich die Entwicklung von Mündigkeit, als übergeordnete Zielperspektive der politischen Bildung, direkt mit der Befähigung zur demokratischen Teilhabe in Zusammenhang bringen (vgl. Autorengruppe Fachdidaktik 2016: 14).

Das vorliegende Unterrichtsangebot ist daraufhin konzipiert, Schüler/-innen der Sekundarstufe I Einsichten im **Themenbereich demokratische Teilhabe** zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der o.g. grundlegenden Zielsetzung der Förderung von Demokratiefähigkeit setzen sich die Schüler/-innen exemplarisch mit der Partizipationsform der politischen Demonstration auseinander. Im aktuellen und für viele Schüler/-innen relevanten Kontext der Klimapolitik können sie dabei die potenzielle Bedeutsamkeit politischer Demonstrationen im Kontext der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung ergründen und hierüber erkennen, dass es im Rahmen der Demokratie in Deutschland nicht nur auf gewählte Politiker/-innen, sondern auch auf die/den einzelne/n Bürger/-in ankommt. Hieran anknüpfend können sich die Schüler/-innen schließlich mit der übergeordneten Frage auseinandersetzen, inwieweit Demokratie auch sie selbst betrifft und hierüber ein Verständnis für eigene (potenzielle) politische Einflussmöglichkeiten gewinnen.

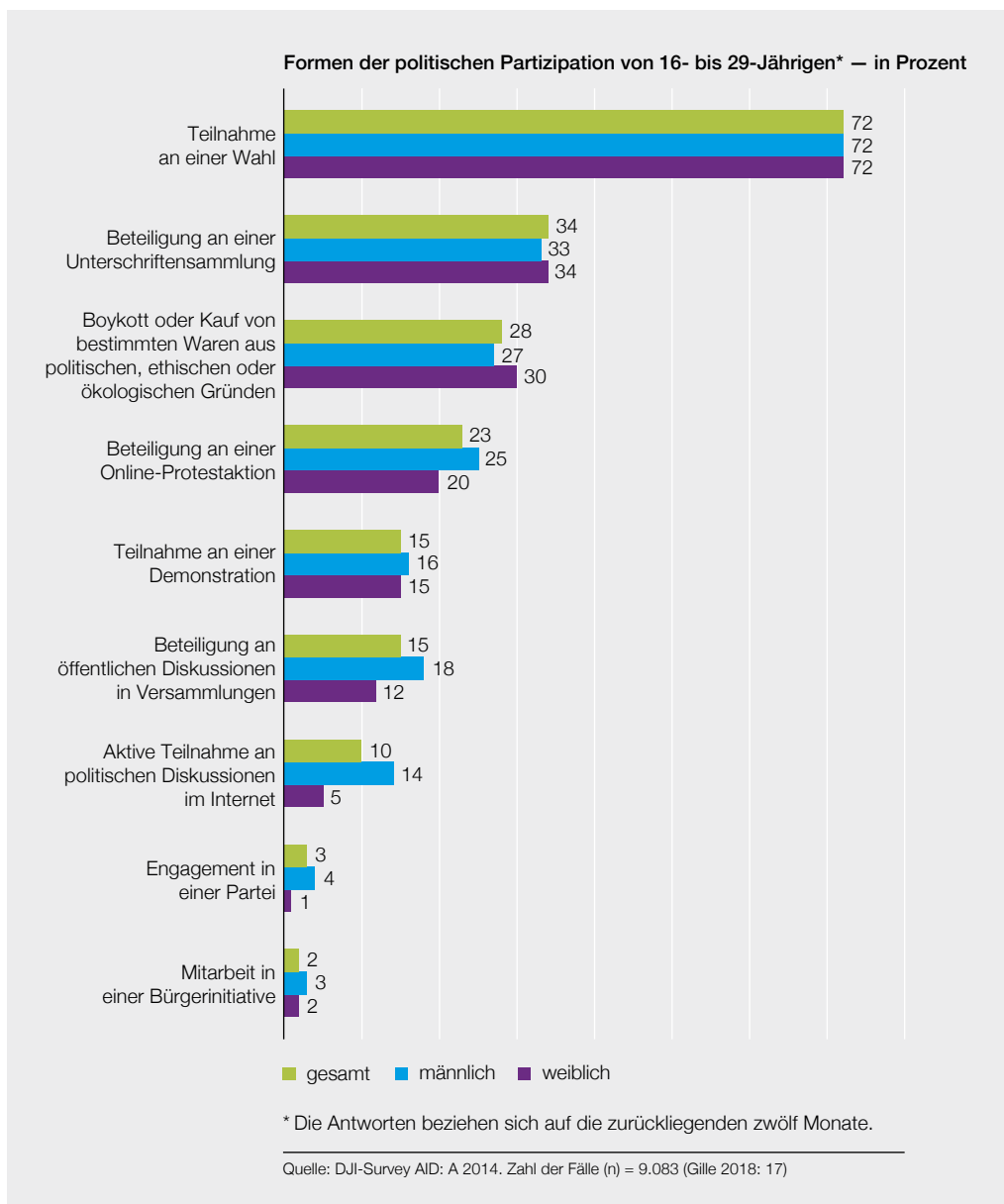
Zur Bedeutsamkeit des Lerngegenstandes

Fragt man nach der potenziellen Bedeutsamkeit des Lerngegenstandes für junge Menschen, kann der Blick auf empirische Befunde mit Bezug zur Zielgruppe weiterhelfen:

- So stimmen beispielsweise 43 % der befragten Jugendlichen im Rahmen einer Erhebung der Vodafone-Stiftung voll und ganz (sowie 37 % eher) der Aussage zu, dass es ihnen wichtig sei, die Politik in Deutschland beeinflussen zu können (vgl. Vodafone-Stiftung 2020: 11). Damit zusammenhängend weist die Studie eine hohe Bereitschaft dazu nach, sich über politische Themen zu informieren sowie hierüber zu diskutieren (vgl. ebd.).
- Die Sinus-Jugendstudie 2020 zeigt u.a. auf, dass für Jugendliche gerade die Themen Umwelt- und Klimaschutz im Hinblick auf ein mögliches eigenes politisches Engagement besonders relevant sind, hier also von den jungen Menschen selbst ein (potenzielles) Partizipationsfeld gesehen wird (vgl. Calmbach et al. 2020: 453).



- Zugleich ist hinsichtlich der konkreten Nutzung demokratischer Partizipationsformen durch junge Menschen feststellbar, dass hier eine Differenz zwischen grundsätzlichem politischem Interesse und tatsächlichem politischem Engagement besteht (vgl. Gille 2018: 17). Konventionelle Partizipationsformen werden in dieser Altersgruppe (abgesehen von der Teilnahme an Wahlen) nur in sehr geringem Umfang genutzt, zugunsten einer stärkeren Fokussierung auf punktuelle, aktionsgebundene Möglichkeiten. Auch diese werden jedoch lediglich von einem gewissen Anteil der jungen Menschen in Anspruch genommen, was gerade auch in Bezug auf die Nutzung der vergleichsweise niedrigschwelligsten Partizipationsform der politischen Demonstration erkennbar ist, mit deren Hilfe insbesondere auch Jugendliche und junge Erwachsene konkret am politischen Prozess teilhaben könnten.



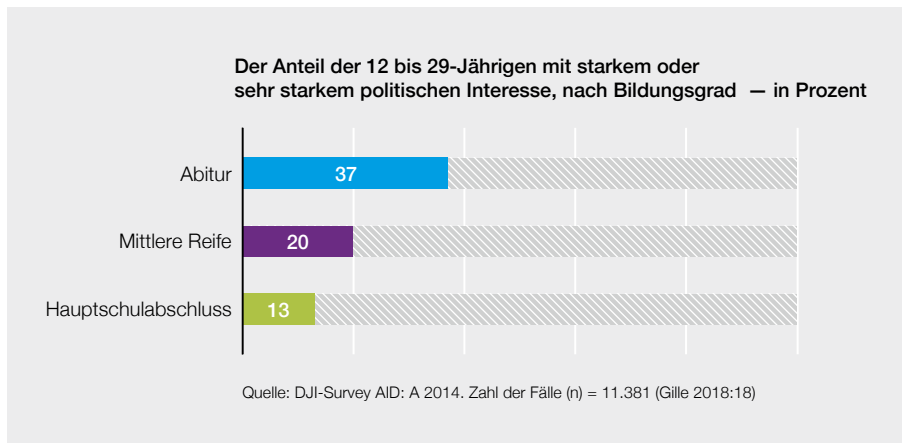
Insgesamt kann festgehalten werden, dass viele junge Menschen zwar grundsätzlich offen gegenüber politischer Teilhabe sind und dabei v.a. den Bereich Umwelt- und Klimaschutz als besonders wichtiges Problemfeld ansehen. In die konkrete Umsetzung gelangen Sie hingegen häufig nur punktuell. Gleichzeitig bieten sich im o.g. ‚potenziellen Partizipationsfeld‘ des Umwelt- und Klimaschutzes aktuell – insbesondere im Kontext von Aktionen der Jugendbewegung Fridays for Future – vielversprechende Anknüpfungspunkte, um mit jungen Menschen am Beispiel der Partizipationsform der politischen Demonstration Potenziale und auch Schwierigkeiten der demokratischen Beteiligung zu ergründen und zu reflektieren.

„Teilhabe für alle“ als Zielsetzung eines inklusiven Politikunterrichts

Gemäß Selbstverständnis der schulischen politischen Bildung besteht die übergeordnete Zielsetzung dabei allerdings nicht darin, die Schüler/-innen zur Teilnahme an konkreten Aktionen (z.B. von Fridays for Future) ‚zu animieren‘. Im Fokus steht vielmehr das Anliegen, die Lernenden in einem potenziell motivierendem und aktivierendem thematischen Kontext dabei zu unterstützen, sich näher mit demokratischer Teilhabe auseinanderzusetzen und in diesem Zusammenhang auch für sich zu erkennen (und begründen) zu können, inwieweit diese individuell für sie bedeutsam sein kann. Ein aus politikdidaktischer Sicht wünschenswerter Ertrag eines solchen Lernprozesses könnte darin gesehen werden, den dargestellten Widerspruch zwischen grundsätzlichem politischem Interesse junger Menschen einerseits und ihrer konkreten demokratischen Teilhabe andererseits ein Stück weit abzubauen. Resultat hieraus *kann* dann natürlich (über die Gewinnung einer informierteren und differenzierteren Sichtweise zum Thema hinausgehend) die individuelle und eigenständige Entscheidung sein, sich (unmittelbar oder zu einem späteren Zeitpunkt) aktiv in den demokratischen Prozess einzubringen.

Blickt man nochmals auf Befunde zum politischen Interesse junger Menschen, ist als weitere Auffälligkeit erkennbar, dass dieses maßgeblich mit dem individuellen Bildungsgrad zusammenhängt (vgl. Gille 2018: 18). Hieraus kann u.a. gefolgert werden, dass bisher insbesondere Lernende im gymnasialen Bildungsgang von (schulischer) politischer Bildung profitieren (vgl. Jugel et al. 2020: 24)¹.

¹ Im Detail sind die (auch im Bereich politischer Bildung) wirksam werdenden Ausschlusslinien noch weitaus komplexer (vgl. Besand et al. 2020: 27 f.), was für den inklusiven Politikunterricht insbesondere eine fachdidaktische Diagnostik und hierauf angepasste Unterrichtsplanungen notwendig macht (siehe hierzu die Hinweise am Ende der vorliegenden Hinführung).



Bedenkt man, dass eine funktionierende Demokratie auf ihre breite gesellschaftliche Verankerung angewiesen ist, sollte sich politische Bildung jedoch nicht als „Elitenbildung“ (ebd.) verstehen, sondern die „Ermöglichung politischer Teilhabe für alle“ (ebd.) als zentrale Grundorientierung im Blick behalten. Demnach stellt sich hier die Frage, inwieweit die Bemühungen im Kontext politischer Bildung breiter ausgerichtet werden müssen – inwieweit also politische Bildung *inklusive* ausgerichtet werden kann (vgl. im Überblick hierzu [Dönges et al. 2015](#); [Meyer et al. 2020](#)).

Das vorliegende Lernangebot orientiert sich an dieser Maßgabe und ist so aufgebaut, dass es in einem **inklusive Politikunterricht** eingesetzt werden kann, der sich an einem **weiten Inklusionsbegriff** (vgl. Besand und Jugel 2015: 47 f.) orientiert: Es geht dabei nicht allein darum, ein spezifisches (zusätzliches) Angebot für eine *Teilgruppe* von Schüler/-innen umzusetzen, denen zuvor ein bestimmter Förderbedarf zugewiesen wurde. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass Lerngruppen in der Regel durch eine grundsätzliche und vielschichtige Heterogenität gekennzeichnet sind (vgl. Kühberger 2014: 433), steht vielmehr das Anliegen im Vordergrund, politisches Lernen für *alle* Schüler/-innen zu ermöglichen und dabei ihre sehr unterschiedlichen Lernausgangslagen (mit den damit verbundenen individuellen Zugangs- und Teilhabeerschwerenissen) anzuerkennen bzw. zu adressieren. Wenn also hier von einem inklusiven Lernangebot die Rede ist, ist hiermit ein Lehr- und Lernzusammenhang gemeint, der insgesamt *heterogenitätssensibel* ausgerichtet ist, Vielfalt also als produktive Ressource für das individuelle und gemeinsame politische Lernen begreift (vgl. Thorweger 2019: 173 ff.; Thorweger 2020). Notwendig hierfür ist die **Eröffnung differenzierter Lernwege, die ein unterschiedliches Maß an Unterstützung, Strukturierung und auch inhaltlicher Tiefe aufweisen, zugleich aber miteinander in Zusammenhang stehen** (vgl. Thorweger 2018: 179).

Das vorliegende Unterrichtsangebot ist gemäß dieser Leitideen strukturiert, die sich mit Blick auf den inklusionsdidaktischen Diskurs insbesondere mit den Konzepten des *Lernens am gemeinsamen Gegenstand* (Georg Feuser) sowie der *Gemeinsamen Lernsituationen* (Hans Wocken) in Verbindung bringen lassen (vgl. hierzu aus politikdidaktischer Perspektive Fischer 2020: 27 ff.; 37 ff.).

Methodischer Rahmen für einen inklusiven Politikunterricht: Mystery

Als übergeordneter Strukturierungsrahmen kommt dabei die Mystery-Methode zur Anwendung: Lernende werden hier mit einer Problemsituation konfrontiert, zu der sie mithilfe ungeordneter Informationskarten Erklärungs- bzw. Lösungsansätze entwickeln sollen (vgl. Kaufhold 2019: 4). Die Methode ermöglicht problemorientiertes Lernen und fördert die Kompetenzentwicklung in einem umfassenden Sinn. Ihre Eignung für einen inklusiven Fachunterricht ergibt sich v.a. daraus, dass für die Bearbeitung eines gemeinsam geteilten Problems differenzierte Wege (ggf. mit unterschiedlichem Ausmaß an zusätzlicher Unterstützung) eröffnet und dabei an geeigneten Stellen Kooperationsnotwendigkeiten angelegt werden können.

Im Fokus: Die Mystery-Methode

„Ausgehend von einer rätselhaften Leitfrage, vermittelt das Mystery Fachkenntnisse, die geordnet, strukturiert und miteinander in Beziehung gesetzt werden müssen, indem sich die Schüler während der Erarbeitungsphase selbstständig mit den politischen Inhalten auseinandersetzen, an ihr Vorwissen anknüpfen und die geordneten Informationen in ein Wissenskonstrukt einbinden. Neben dem Erwerb von inhaltlichen Kenntnissen werden die Schüler zur kommunikativen und kooperativen Auseinandersetzung mit Mitschülern befähigt, bei der stetig Kompromisse geschlossen werden müssen, um ein gemeinsames und für alle Beteiligten zufriedenstellendes Ergebnis zu erreichen. Neben der Sozialkompetenz wird somit die Selbstkompetenz eines jeden Schülers gefördert, denn sie organisieren sich unter Berücksichtigung von vorstrukturierten Arbeitsaufträgen sowie vorgegebenen Regeln selbstständig und eigenverantwortlich.“ (Kaufhold 2019: 4)

Erläuterungen zur konkreten Umsetzung

Als wesentlicher Ausgangspunkt und Bezugshorizont des vorliegenden Unterrichtsangebots dient der konkrete Fall von zwei Schüler/-innen, die während der Schulzeit an einer Demonstration der Bewegung *Fridays for Future* teilnehmen. Hierdurch schafft das Angebot lernrelevante Irritationsmomente und knüpft bewusst an lebensweltlichen Bezügen der Schüler/-innen an. Die intendierten Lernprozesse erlauben dabei eine vertiefte Erschließung des konkreten Falls, sollen aber für alle Schüler/-innen darüber hinaus Möglichkeiten dazu bieten, generalisierte Einsichten im Lernbereich Politik im Sinne der o.g. Ziele zu erlangen.

- Der Fall wird in Form einer **Einstiegs Geschichte** präsentiert, woraus sich die **Leitfrage** ergibt: „*Warum nehmen Lisa und Can nicht am Unterricht zum Thema Klimawandel teil, obwohl ihnen das Thema doch so wichtig ist?*“
- Den Lernenden wird für den Arbeitsprozess ein **Lernlogbuch** zur Verfügung gestellt, in dem erste Vermutungen zur Leitfrage sowie deren individuelle Beantwortung nach der Erarbeitung festgehalten werden können. Zudem beinhaltet das Lernlogbuch Impulse zur Metareflexion und -kommunikation.
- Das eigentliche **Arbeitsmaterial** umfasst (aufeinander aufbauende) **Arbeitsaufträge** für den gesamten Arbeitsprozess sowie die (ungeordneten) **Informationskarten**. Das Arbeitsmaterial liegt dabei in differenzierter Form auf **drei Niveaustufen** vor, die sich im inhaltlichen Fokus, in der Materialzusammenstellung und in den Arbeitsaufträgen konkretisieren:
 - Auf **grundlegendem Anforderungsniveau** (Gruppe A) liegt der Schwerpunkt auf der Lösung des eigentlichen Ausgangsproblems und dessen Einordnung in den Kontext der Klimaproteste. Darüber hinaus sollen die Lernenden grundsätzlich erfassen, welche Bedeutung der Teilhabe von Bürger/-innen im Rahmen der Demokratie zukommt und inwieweit die Partizipationsform der Demonstration hier einen möglichen Weg für die konkrete Umsetzung darstellen kann. In der Materialzusammenstellung liegt der Schwerpunkt auf niedrighschwellig erfassbaren Materialien, die durch eine Kombination von kurzen Texten und hierzu passenden Visualisierungen sowie Bilddokumenten gekennzeichnet sind. Die Textpassagen orientieren sich überwiegend an den Grundprinzipien leichter Sprache. Für die Materialerschließung kann ergänzend der Methodenbaustein „Bildanalyse“ herangezogen werden.

- Auf **mittlerem Anforderungsniveau** (Gruppe B) fokussieren die Schüler/-innen neben der Bearbeitung des Ausgangsproblems ebenfalls den Stellenwert demokratischer Teilhabe am Beispiel der Partizipationsform der Demonstration. Hieran anknüpfend setzen sie sich mit der Kontroverse auseinander, die sich im Kontext der Klimaproteste rund um das Spannungsfeld zwischen Schulpflicht und Demonstrationsrecht entwickelt hat. Die Materialien umfassen überwiegend Textauszüge in (mit Blick auf die Altersgruppe) didaktisierter Form. Darüber hinaus erhalten die Schüler/-innen Bilddokumente mit thematischem Bezug sowie eine Karikatur zur Erschließung und Einordnung in den thematischen Zusammenhang. Für die Materialerschließung können ergänzend die Methodenbausteine „Bildanalyse“ sowie „Schritt für Schritt: Eine Karikatur erschließen“ herangezogen werden.
- Auf **erhöhtem Anforderungsniveau** (Gruppe C) ist davon auszugehen, dass die Schüler/-innen das eigentliche Ausgangsproblem schnell lösen werden. Der Schwerpunkt liegt deshalb auf der hieran anknüpfenden vertieften Auseinandersetzung mit Hintergründen sowie weiterführenden (fachlichen) Zusammenhängen, wodurch generalisierte Erkenntnisse gewonnen werden können. Die Lernenden können mit Hilfe der Materialien ihr Wissen zur Klimabewegung erweitern und die Bedeutsamkeit demokratischer Beteiligung (am Beispiel der Partizipationsform der Demonstration sowie weiterer Partizipationsformen) vertieft erfassen. Sie erschließen hierzu eine theoretische Bezugsperspektive sowie zentrale Fachbegriffe. Darüber hinaus setzen sie sich mit den Kontroversen um die Schüler/-innenstreiks sowie mit der weitergehenden Frage auseinander, was für bzw. gegen die politische Beteiligung von Jugendlichen spricht. Die Materialien umfassen neben längeren bzw. anspruchsvolleren Textauszügen und Begriffsdefinitionen auch Bilddokumente, eine Karikatur sowie ein Schaubild. Für die Materialerschließung können ergänzend die Methodenbausteine „Bildanalyse“, „Schritt für Schritt: Eine Karikatur erschließen“ sowie „Mit Schaubildern umgehen“ herangezogen werden.
- Bezüglich der **Sozialformen** ist der Arbeitsprozess für alle drei Teilgruppen über die Aufträge so strukturiert, dass sich die Schüler/-innen zunächst in Einzelarbeit mit dem Material auseinandersetzen, ihre Erkenntnisse anschließend in leistungshomogenen Arbeitsgruppen miteinander vernetzen, um diese daraufhin in der gesamten Lerngruppe zu teilen.
- Mit dem **Arbeitsblatt 3** besteht schließlich die Möglichkeit zur Weiterarbeit in leistungsheterogenen Teams. Explizit aufgegriffen werden hier die in der ersten Arbeitsphase fokussierten Kontroversen, bisher gewonnene Einsichten sollen in einen Anwendungskontext eingebracht werden. Da die Lernenden sich zuvor auf den unterschiedlichen Anforderungsniveaus aus unterschiedlichen Perspektiven hiermit auseinandergesetzt haben, greift an dieser Stelle das Prinzip einer positiven gegenseitigen Abhängigkeit.

Über einen entsprechenden Arbeitsauftrag wird dabei dafür Sorge getragen, dass Lernende aller Niveaustufen relevante Beiträge zum gemeinsamen Arbeitsprozess liefern können: Eine umfassende Aufgabenbearbeitung gelingt nur, wenn alle zuvor erarbeiteten Erkenntnisse produktiv zum Tragen gebracht werden. Auf dieser Grundlage kann schließlich die generalisierende Auseinandersetzung mit der übergeordneten Fragestellung „Demokratie – was hat das mit mir zu tun?“ erfolgen.

- Zur **Sicherung und (öffentlichen) Dokumentation** der zu erwartenden vielfältigen Arbeitsergebnisse erhalten die Lernenden schließlich einen Impuls sowie einen Methodenbaustein zur Erstellung einer Wandzeitung. Dieser abschließende Schritt einer kooperativen und produktorientierten Vernetzung der unterschiedlichen Arbeitsergebnisse kann nochmals dazu beitragen, den Schüler/-innen die Relevanz ihrer eigenen Bemühungen (sowie die Relevanz der Bemühungen ihrer Mitschüler/-innen) vor Augen zu führen. Nicht zuletzt kann eine gelingende Ergebnispräsentation somit besondere Wertschätzungspotenziale und eine erhöhte Motivation für Folgeprojekte erschließen helfen.

Das vorliegende Lernangebot wurde für den Einsatz in Lerngruppen der Sekundarstufe I konzipiert. Eine Festlegung auf eine konkrete Jahrgangsstufe erfolgt nicht, vielmehr sollte das Angebot nach Maßgabe der Lehrkräfte eingesetzt werden, die einen Überblick über die jeweiligen Lernausgangslagen ihrer Schüler/-innen haben. Ebenso ist denkbar, dass Lehrkräfte ja nach Bedarfslage innerhalb ihrer Lerngruppen Material und/oder Arbeitsaufträge modifizieren, also beispielsweise reduzieren oder erweitern, zu neuen Niveaustufen kombinieren oder mit weitergehenden Lernzielen verknüpfen. In Anerkennung der Tatsache, dass eine ‚vorgefertigte‘ Lösung allenfalls zum Teil den spezifisch vorhandenen Bedarfen in heterogenen Lerngruppen gerecht werden kann, ist solchermaßen flexibel-produktiver Umgang mit vorliegendem Lernangebot ausdrücklich erwünscht! Auch obliegt es selbstverständlich der Entscheidung der einzelnen Lehrkraft, die eigene Rolle im Erarbeitungsprozess je nach Notwendigkeiten innerhalb der Lerngruppe unterschiedlich zu interpretieren bzw. zu variieren.

Zur zielgenaueren Ausrichtung und besseren Fundierung der unterrichtsbezogenen Entscheidungen sei Lehrkräften an dieser Stelle die Durchführung einer vorgelagerten (und für einen inklusiven, stärker subjektorientierten Politikunterricht ohnehin empfehlenswerten) **fachdidaktischen Diagnostik** nahegelegt. Mit Hilfe pragmatischer Verfahren, wie bspw. der Anfertigung von Collagen, Concept-Maps oder thematischen Zeichnungen (vgl. Haarmann und Lange 2009; Mosch 2014: 417 ff.), lassen sich hierbei wertvolle Erkenntnisse hinsichtlich der vorunterrichtlichen Kenntnisse und Sichtweisen der Schüler/-innen gewinnen, die dann eine wichtige Grundlage für konkrete Entscheidungen im Rahmen der Planung und Durchführung eines wirksamen inklusiven Politikunterrichts darstellen können.

Literatur:

- Autorengruppe Fachdidaktik (2016): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Schwalbach/Ts.
- Besand, Anja / Jugel, David (2015): Inklusion und politische Bildung – gemeinsam denken! In: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn. S. 45–59.
- Calmbach, Marc / Flaig, Bodo / Edwards, James / Möller-Slawinski, Heide / Borchard, Inga / Schleer, Christoph (2020): SINUS-Jugendstudie 2020 - Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn.
- Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (2015) (Hg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn.
- Fischer, Christian (2020): Inklusion im Politikunterricht. Ein fallbezogener Denkanstoß. Frankfurt a.M.
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) (2004): Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf. Schwalbach/Ts.
- Gille, Martina (2018): Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis. In: DJI-Impulse 1–2018. München. S. 16–19.
- Haarmann, Moritz-Peter / Lange, Dirk (2009): Die Demokratiemaschine. Ein Weg zur Erhebung von Schülervorstellungen. In: polis 3/2009. Schwalbach/Ts. S. 21–24.
- Jugel, David / Hölzel, Tina / Besand, Anja (2020): Inklusion und politische Bildung – mutig gemeinsam (weiter-)denken und erproben. In: Meyer, Dorothee / Hilpert, Wolfram / Lindmeier, Bettina (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn. S. 23–37.
- Kaufhold, Angelika (2019): Mysterys Politikunterricht 5–10. Schüleraktivierende Materialien zur Förderung des vernetzten Denkens und der Problemlösekompetenz. Augsburg.
- Kühberger, Christoph (2014): Individualisiertes Lernen: Methoden der Differenzierung in der politischen Bildung. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. Bonn. S. 433–441.
- Massing, Peter (2020): Kompetenzorientierung im Politikunterricht. In: Ders. / Achour, Sabine / Frech, Siegfried / Strassner, Veit (Hg.): Methodentraining für den Politikunterricht. Frankfurt a.M. S. 21–33.
- Meyer, Dorothee / Hilpert, Wolfram / Lindmeier, Bettina (2020) (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn.
- Mosch, Mirka (2014): Methoden der Diagnostik: Vorstellungen und Vorwissen erfassen. In: Sander, Wolfgang (2014): Handbuch politische Bildung. Bonn. S. 415–423.
- Thorweger, Jan Eike (2018): Wirksamer Politikunterricht ist heterogenitätssensibel und partizipativ. In: Reinhardt, Volker (Hg.): Wirksamer Politikunterricht. Unterrichtsqualität: Perspektiven von Expertinnen und Experten. Band 9. Baltmannsweiler. S. 175–185.
- Thorweger, Jan Eike (2019): Politikunterricht in der inklusiven Schule: Wissenschaftliche und alltagsdidaktische Vorstellungen über inklusiven Politikunterricht als Zugang zur Kompetenzentwicklung von Fachlehrkräften. In: Hölzel, Tina / Jahr, David (Hg.): Konturen einer inklusiven politischen Bildung. Konzeptionelle und empirische Zugänge. Wiesbaden. S. 171–187.
- Thorweger, Jan Eike (2020): Perspektiven auf den alltäglichen Politikunterricht in inklusiven Lerngruppen. In: Meyer, Dorothee / Hilpert, Wolfram / Lindmeier, Bettina (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn. S. 287–302.
- Vodafone Stiftung (2020): Jugend will bewegen. Politische Beteiligung junger Menschen in Deutschland. Eine Befragung im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Düsseldorf.

Demokratie – was hat das mit mir zu tun?

Ein Mystery

Einstiegsgeschichte:

Lisa und Can gehen in die neunte Klasse. Beide haben ganz unterschiedliche Interessen und Hobbys – eines verbindet sie aber: Beide machen sich Sorgen darum, wie sich der Klimawandel weiterentwickeln und was das in Zukunft für sie bedeuten wird. Sie fragen sich, ob sie etwas gegen den Klimawandel unternehmen können und sie möchten möglichst viel über das Thema erfahren. Lisa hat kürzlich einen Clip auf Youtube gesehen, in dem es hieß, es komme im Kampf gegen den Klimawandel auf jede und jeden Einzelnen an. Can hingegen hat den Eindruck, dass viele Erwachsene der Meinung sind, das alles sei eher eine Aufgabe für Profis und ganz sicher nicht für junge Menschen.



Im Rahmen einer „aktuellen Stunde“ im Politikunterricht hat sich gezeigt, dass die ganze Klasse sehr am Thema interessiert ist. Viele Schüler/-innen wünschen sich, dass es im Unterricht behandelt wird. Die Chemielehrerin Frau Demir und der Politiklehrer Herr Schulz freuen sich über das Interesse der Schüler/-innen. Sie bieten an, gemeinsam eine Unterrichtseinheit zum Thema Klimawandel zu planen und in der Klasse durchzuführen. Lisa und Can finden das sehr gut – endlich geht’s in der Schule mal um Dinge, die sie wirklich interessieren.

Am Freitag (22.09.) in der vierten Stunde soll die Unterrichtseinheit beginnen. Als Frau Demir und Herr Schulz den Klassenraum betreten, bemerken sie: Lisa und Can sind gar nicht da. In der großen Pause hatte Frau Demir beide noch auf dem Schulhof gesehen.



Untersuchungsfrage:

Warum nehmen Lisa und Can nicht am Unterricht zum Thema Klimawandel teil, obwohl ihnen das Thema doch so wichtig ist?

→ *Begib dich auf die Suche nach einer Antwort auf diese Frage.
Die folgenden Materialien können dir dabei helfen!*

Mein Lernlogbuch:

Meine erste Vermutung:

Meine Antwort auf die Untersuchungsfrage nach der Arbeit an den Materialien und dem Austausch mit meinen Mitschüler/-innen:

Das habe ich außerdem gelernt:

Das interessiert mich noch, hierzu würde ich gern mehr herausfinden:

Auftrag:

-
1. Schneide alle 17 Materialkarten für die Gruppe A aus.

 2. Suche zunächst die Karten heraus, die dir bei der Klärung der Untersuchungsfrage helfen.

 3. Bringe diese Karten in eine sinnvolle Reihenfolge.
Wenn du etwas noch nicht richtig verstehst: Markiere das im Material.
Hol dir Hilfe und kläre deine Fragen.

 4. Formuliere eine Antwort: Warum nehmen Lisa und Can nicht am Unterricht zum Thema Klimawandel teil, obwohl ihnen das Thema doch so wichtig ist?

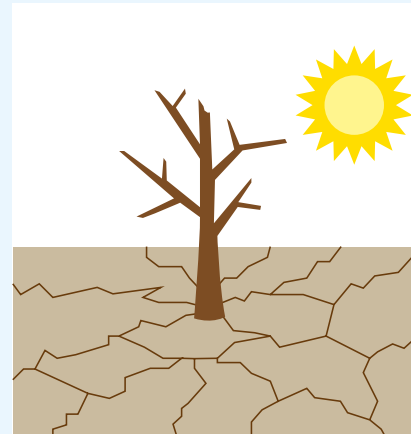
 5. Sieh dir nun auch die anderen Karten genauer an:
 - a. Welche Infos kannst du mit Lisa und Can in Verbindung bringen?
 - b. Welche Themen kannst du noch entdecken?
Sortiere die Karten und kläre Fragen.

 6. Fasse deine bisherigen Ergebnisse gemeinsam mit den anderen Schüler/-innen der Gruppe A zusammen. Bereitet euch darauf vor, eure Ergebnisse der ganzen Klasse vorzustellen.
- Austausch:** Jede Gruppe stellt der Klasse ihre bisherigen Ergebnisse vor.
Reihenfolge: Gruppe A → Gruppe B → Gruppe C.
-
7. Bildet gemischte Teams aus den Gruppen A, B und C und bearbeitet gemeinsam das Arbeitsblatt 3.
-

Der Klima-Schutz ist in diesem Jahr eines der wichtigsten Themen gewesen. Immer wieder haben junge Leute in der ganzen Welt für den Klima-Schutz demonstriert. Die jungen Leute haben immer freitags demonstriert. Viele Schülerinnen und Schüler sind an dem Tag nicht zur Schule gegangen. Sie nennen ihre Proteste „**Fridays for Future**“. Das ist Englisch und bedeutet „Freitage für die Zukunft“.

<https://www.nachrichtenleicht.de/demonstrationen-fuer-den-klima-schutz-100.html>

Dürre



Eine **Demonstration** ist eine öffentliche Versammlung von Menschen, die draußen stattfindet. Dabei gehen die Menschen oft mit Lautsprechern und Plakaten durch die Straßen einer Stadt.

Man beachtet eine Demonstration meist stärker,

- je mehr Menschen an einer Demonstration teilnehmen
- oder je häufiger für ein bestimmtes Thema demonstriert wird.

In Deutschland haben alle Menschen das Recht, zu demonstrieren. Das Recht steht im Grundgesetz. Das Recht, zu demonstrieren, gehört zur Demokratie. Die Menschen können demonstrieren wofür oder wogegen Sie wollen.

bpb (2018): einfach Politik: Einmischen. Mitentscheiden. Über das Mitmachen in der Demokratie. S. 32–33 (angepasst)

Klima-Schutz ist eine Politik. Der Klima-Schutz soll verhindern, dass es auf der Erde immer wärmer wird. Ein wichtiges Mittel im Klima-Schutz ist, weniger Abgase zu produzieren. Die Abgase entstehen zum Beispiel beim Autofahren, aber auch beim Heizen und in Kraft-Werken. Abgase schaden dem Klima. Deshalb bedeutet Klima-Schutz zum Beispiel: Weniger Auto fahren, weniger Flugzeug fliegen, weniger Heizung und Strom verbrauchen.

<https://www.nachrichtenleicht.de/demonstrationen-fuer-den-klima-schutz-100.html>

Es gibt **unterschiedliche Meinungen zu der Frage, ob Demonstrieren etwas bringt.**

Manche Menschen sagen:

- Demonstrationen werden kaum beachtet.
- Demonstrationen haben keinen Einfluss auf die Entscheidungen von Politiker/-innen.

Andere Menschen sagen: Demonstrieren kann etwas bringen:

- Eine Demo reicht nicht, es kann sich aber etwas verändern, wenn häufiger zu einem Thema demonstriert wird.
- Gerade wenn ein Thema von Politiker/-innen bisher noch nicht beachtet wird, können Demonstrationen viel Aufmerksamkeit für das Thema schaffen. Dann kümmern sich auch Politiker/-innen darum.

Dieses **Plakat** hing in der vergangenen Woche plötzlich in der Pausenhalle der Schule:

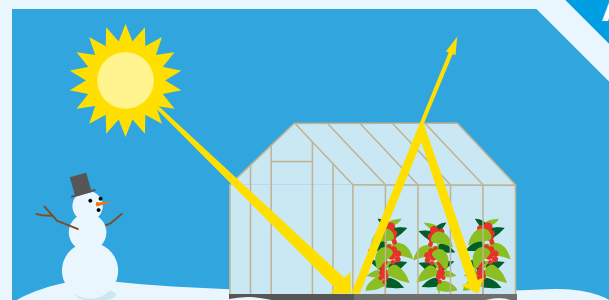
Große Klimademo

Höchste Zeit, dass endlich mehr gegen den Klimawandel unternommen wird!
Dafür wollen wir gemeinsam demonstrieren.



Wir sehen uns am **22.09.** um **12 Uhr**
auf dem Marktplatz!

Logo: © Fridays for Future Deutschland
Fiktives Plakat



Als die **Klimademo** angekündigt wurde, haben die Lehrer/-innen an Lisas und Cans Schule überlegt, was sie machen sollen. Denn: Die Demo findet während der Schulzeit statt. Sie haben entschieden: Die Schüler/-innen, die an der Demo teilnehmen wollen, können das während der Schulzeit machen. Zwei Lehrerinnen begleiten die Schüler/-innen auf dem Weg zur Demo und zurück. Wenn etwas passiert, sind sie für die Schüler/-innen während der Demo ansprechbar.

Die Erde wird seit einigen Jahrzehnten spürbar wärmer. Diese Erwärmung heißt **Klimawandel**. Der Grund dafür sind Gase wie zum Beispiel CO₂ oder Methan in der Luft. Diese Gase heißen Treibhausgase. Das Treibhausgas CO₂ entsteht zum Beispiel beim Verbrennen von Holz, Kohle oder Benzin. (...) Methan entsteht vor allem in der Landwirtschaft bei der Fleischproduktion. Methan entsteht bei der Verdauung im Magen und im Darm der Tiere und dann, wenn sich der Mist zersetzt. (...)

Wegen der Gase in der Luft speichert die Erde mehr Sonnenwärme. Das funktioniert so ähnlich wie bei einem Treibhaus oder Gewächshaus im Garten. Man nennt es deshalb auch den **Treibhauseffekt**. (...)

Die Sonne scheint und warme Sonnenstrahlen erreichen die Erde. Die Erde wird etwas aufgewärmt. Dann strahlt die Wärme zurück ins Weltall. Treibhausgase können die Sonnenstrahlen einfangen. Sie werfen die Wärme der Sonnenstrahlen dann wieder zurück zur Erde. So wird die Erde warm.

Diese starke Erwärmung ist der **Klimawandel**. Durch den Klimawandel kann es sehr lange besonders trocken sein. Aber es kann auch heftige Stürme und Überschwemmungen geben. Viele Menschen überall auf der Erde leiden unter diesen Folgen. Besonders stark sind die Folgen für die Menschen in ärmeren Ländern.

bpb (2021): einfach Politik: Erde und Menschen. S. 20–23 (angepasst)

Überschwemmung



Mit der Zeit gab es immer mehr Demonstrationen von Fridays for Future. Das hat dazu geführt, dass sich auch die **Politiker/-innen in der Regierung und im Bundestag** mehr mit dem Thema beschäftigt haben. Ende 2019 wurden deshalb neue **Gesetze** beschlossen, die den Klimaschutz in Deutschland voranbringen sollen. Viele Jugendliche sind aber der Meinung, dass noch viel mehr getan werden muss. Sie demonstrieren deshalb weiter.

Für die **Demokratie** gibt es **Gefahren**:

- Wenn nur wenige Menschen wählen, dann entscheiden nur wenige Menschen.
- Wenn sich nur wenige Menschen einmischen, werden nur wenige gehört.

Dann gibt es eine große Gruppe von Menschen, die sich nicht einmischt und nicht mitentscheidet. Einige dieser Menschen denken vielleicht: „Keiner hört auf uns, weil wir arm sind. Deswegen mischen wir uns nicht ein und wählen nicht.“ Dann ist Folgendes möglich: Weil sich diese Menschen nicht einmischen und nicht wählen, wird wirklich weniger auf sie geachtet. Und es wird weniger für diese Menschen getan.

bpb (2018): einfach Politik: Einmischen. Mitentscheiden. Über das Mitmachen in der Demokratie. S. 13 (angepasst)

Wir Menschen haben eine besondere Verantwortung für die Erde. Wir Menschen können den **Klimawandel** (...) verstehen. Deshalb können wir auch **etwas dagegen tun**.

In unserer Zeit versuchen schon viele Menschen, den Klimawandel zu verlangsamen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sagen:
Wenn Menschen jetzt gemeinsam und schnell handeln, können sie noch den Klimawandel (...) **verlangsamen oder aufhalten**.

bpb (2021): einfach Politik:
Erde und Menschen. S. 9 (angepasst)

Dieses Foto haben Lisa und Can am 22.09. aufgenommen:

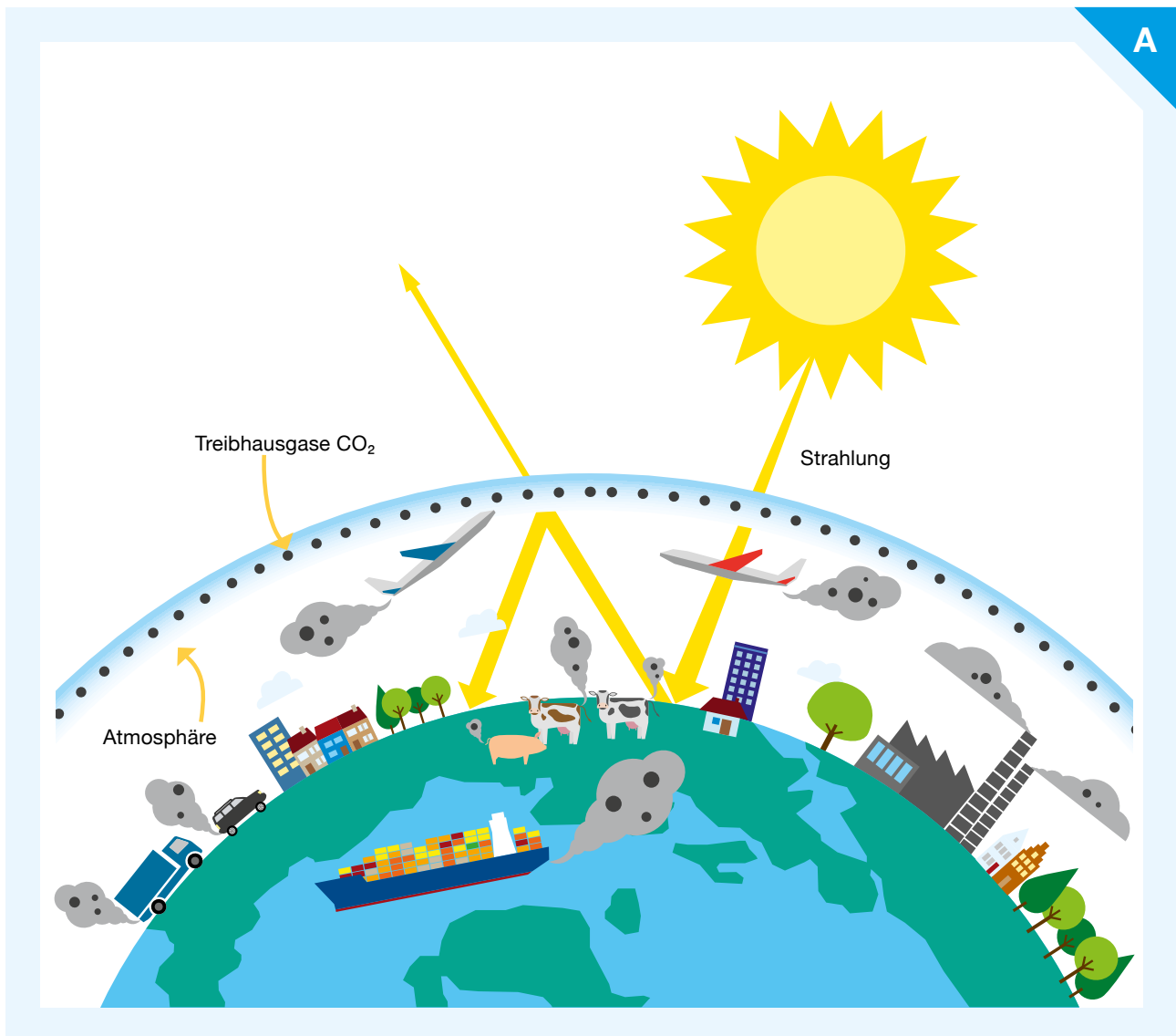


© Fridays for Future Deutschland

Deutschland ist eine **Demokratie**.
Demokratie bedeutet, dass Menschen gemeinsam entscheiden. Sie entscheiden über die Dinge, die alle etwas angehen.

bpb (2018): einfach Politik: Einmischen. Mitentscheiden. Über das Mitmachen in der Demokratie. S. 3





In manchen Ländern entscheiden nur bestimmte Menschen. Das kann ein König, eine Partei, eine Familie oder eine Gruppe von Offizieren sein. Diese sind nicht demokratisch gewählt und bestimmen trotzdem alles. Wenn nur bestimmte Menschen alles entscheiden, heißt das Diktatur. In einer Diktatur können die Herrschenden sagen: „Wir entscheiden! Die Bürger müssen machen, was wir wollen.“

In einer **Demokratie** wie in Deutschland heißt es aber:
„Misch dich ein. Politik geht dich etwas an! Deine Meinung ist wichtig.“

bpb (2018): einfach Politik: Einmischen. Mitentscheiden. Über das Mitmachen in der Demokratie. S. 13 (angepasst)

Auftrag:

-
1. Schneide alle 11 Materialkarten für die Gruppe B aus.
-
2. Wähle zunächst die Karten aus, die dir bei der Klärung der Untersuchungsfrage helfen.
Bringe die Karten in eine sinnvolle Reihenfolge und kläre unklare Begriffe bzw. offene Fragen.
(Tipp: Die Methodenkarten können dir beim Umgang mit den Materialien helfen.)
-
3. Formuliere eine Antwort: Warum nehmen Lisa und Can nicht am Unterricht zum Thema Klimawandel teil, obwohl ihnen das Thema doch so wichtig ist?
-
4. Sieh dir nun auch die anderen Karten genauer an:
a. Welche Infos kannst du mit Lisa und Can in Verbindung bringen?
b. Welche Themen kannst du noch entdecken?
Sortiere die Karten und kläre Fragen.
Kannst du auch hier Bezüge zum Ausgangsfall (Lisa und Can) herstellen?
-
5. Sieh dir nun auch die anderen Karten genauer an:
a. Welche Infos kannst du mit Lisa und Can in Verbindung bringen?
b. Welche Themen kannst du noch entdecken?
Sortiere die Karten und kläre Fragen.
Kannst du auch hier Bezüge zum Ausgangsfall (Lisa und Can) herstellen?
-
6. Fasse deine bisherigen Ergebnisse gemeinsam mit den anderen Schüler/-innen der Gruppe B zusammen. Bereitet euch darauf vor, eure Ergebnisse der ganzen Klasse vorzustellen.
-
- Austausch:** Jede Gruppe stellt der Klasse ihre bisherigen Ergebnisse vor.
Reihenfolge: Gruppe A → Gruppe B → Gruppe C.
-
7. Bildet gemischte Teams aus den Gruppen A, B und C und bearbeitet gemeinsam das Arbeitsblatt 3.
-

B

Der Begriff „**Demokratie**“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. In Deutschland gibt es diese Staatsform seit 1949, zuvor gab es sie bereits einmal von 1918 bis 1933. In einer Demokratie haben alle Bürger und Bürgerinnen die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrscht kein Kaiser, auch kein König und kein General.

In einer Demokratie dürfen alle Menschen frei ihre Meinung sagen, sich versammeln, sich informieren. Es gibt unterschiedliche Parteien, die ihre Vorstellungen in sogenannten Parteiprogrammen kundtun. In einer Demokratie wählen die Bürger/innen Personen und Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Und wenn die Regierung ihre Arbeit schlecht macht, kann das Volk bei der nächsten Wahl eine andere Regierung wählen.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/320071/demokratie>

**B**

Von der Homepage der Bewegung „**Fridays for Future**“:

Wir sind eine Bewegung von jungen Menschen, die aus eigenem Interesse heraus die Aktion **Fridays For Future** in Deutschland umsetzen und verbreiten. (...) Weltweit haben sich ihr Tausende Schüler*innen angeschlossen und demonstrieren unter dem Motto Fridays for Future vor den Parlamenten, statt in die Schule zu gehen. Wir setzen uns für echten Klimaschutz ein und wollen für unsere Zukunft und für die der folgenden Generationen kämpfen. Wir fordern von der deutschen Regierung mehr Klimaschutz und den Kohleausstieg – und zwar nicht erst in zehn Jahren! Auch, wenn wir dafür Unterrichtsstunden verpassen: Das ist uns die existenzielle Frage der Klimakrise mehr als wert. Denn der Klimawandel wartet nicht auf unseren Schulabschluss! (...)

Unser Streik richtet sich nicht gegen Schulen, Universitäten oder gegen Lehrer*innen, sondern gegen die fehlenden, politischen und sozialen Maßnahmen!

<https://fridaysforfuture.de/about/>

B

Wenn sich Menschen zu einer öffentlichen Versammlung treffen, in langen Reihen mit Lautsprechern, Plakaten und Spruchbändern durch die Straßen ziehen, handelt es sich um eine **Demonstration**. Die Demonstranten wollen auf ihre Meinungen und Forderungen aufmerksam machen. Zum Beispiel könnten sich Bauern treffen, um für höhere Preise bei landwirtschaftlichen Produkten zu demonstrieren. Oder es versammeln sich Arbeiter und Angestellte vor einem Firmengelände, um gegen Massenentlassungen zu demonstrieren. Manchmal sehen wir auch viele Menschen durch die Straßen ziehen, die laut und deutlich ihre Meinung gegen einen Krieg äußern.

<https://www.hanisauland.de/node/1805>

B

Dieses **Plakat** hing in der vergangenen Woche plötzlich in der Pausenhalle der Schule:

Große Klimademo

Höchste Zeit, dass endlich mehr gegen den Klimawandel unternommen wird! Dafür wollen wir gemeinsam demonstrieren.

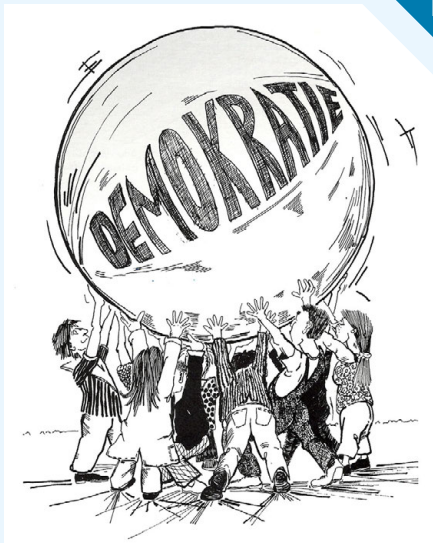


Wir sehen uns am **22.09.** um **12 Uhr** auf dem Marktplatz!

Logo: © Fridays for Future Deutschland
Fiktives Plakat

B

Als die **Klimademo** angekündigt wurde, haben die Lehrer/-innen an Lisas und Cans Schule überlegt, was sie machen sollen. Denn: Die Demo findet während der Schulzeit statt. Sie haben entschieden: Die Schüler/-innen, die an der Demo teilnehmen wollen, können das während der Schulzeit machen. Zwei Lehrerinnen begleiten die Schüler/-innen auf dem Weg zur Demo und zurück. Wenn etwas passiert, sind sie für die Schüler/-innen während der Demo ansprechbar.



Karikatur: Holger Appenzeller

Dieses Foto haben Lisa und Can am 22.09. aufgenommen:



© Fridays for Future Deutschland

Die **Demokratie lebt von politischer Beteiligung** – auch von deiner.

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie und wählen regelmäßig Volksvertreterinnen und Volksvertreter, die dann politische Entscheidungen für uns treffen. Auf den ersten Blick scheint es so, als seien die Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, sich abseits der Wahlurne einzubringen, gering.

Aber das stimmt nicht.

Unsere Demokratie lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich am politischen Diskurs beteiligen, ihre Stimme erheben und ihre Möglichkeiten nutzen.

Ob du deine Meinung äusserst, an Demonstrationen teilnimmst, (...) in eine Partei eintrittst oder dich in ein Amt wählen lässt, das bleibt dir überlassen. Aber eines ist klar: Auch du kannst dich auf vielen verschiedenen Wegen aktiv an der Demokratie beteiligen.

<https://www.deinedemokratie.de/politische-beteiligung> (gekürzt)

B

Im Sommer 2018 saß Greta Thunberg noch einsam vor dem Schwedischen Reichstag in Stockholm und hielt ein handgemaltes Schild mit der Aufschrift „Skolstrejk för klimatet“, also „**Schulstreik fürs Klima**“, in ihren Händen. Ein gutes halbes Jahr später – genau am 19. März 2019 – folgte dann der erste globale Klimastreik.

Etwa 1,8 Millionen Menschen sollen an der ersten weltweiten Demonstration aufgrund der von der jungen Schwedin ins Leben gerufenen Initiative „Fridays for Future“ (...) damals teilgenommen haben.

Dass Schülerinnen und Schüler immer freitags ausgerechnet während der Unterrichtszeit auf die Straße gingen, um für ein besseres Klima zu demonstrieren, war anfangs vor allem vielen Lehrern und Eltern, aber auch manchen Politikern ein Dorn im Auge. Von „ahnungslosen Schulschwänzern“ war oft die Rede, die die Politik lieber den „Profis“ überlassen sollten (...). Doch bald schon verschwand der Spott über die jungen Klimaschützer und die Bewegung wurde von Medien und Politikern ernst genommen. „Wir alle haben den Weckruf der Jugend gehört“, sagte zum Beispiel Angela Merkel im September 2019 auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen in New York (...).

Bei der tatsächlichen Umsetzung ihrer Forderungen sieht es allerdings noch nicht so gut aus. Andreas Köhler, Sprecher des Bundesumweltschutzministeriums, spricht zwar von „Rückenwind“ durch die Initiative, um „die [umweltpolitischen] Ziele durchzusetzen“. Beim Blick auf (...) konkrete Forderungen der FFF, wird aber deutlich, wie wenig deren Durchsetzung bisher gelingt.

<https://www.br.de/wissen/klima-fridays-for-future-bilanz-planetb-100.html>



B

Unter dem Motto „Fridays for Future“ haben (...) freitags Zehntausende **Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit für einen besseren Klimaschutz demonstriert.** (...)

Schulpflicht: In Deutschland gilt für Kinder und Jugendliche die Schulpflicht. In wenigen Ausnahmefällen können Schüler/innen wegen der Teilnahme an einer Demonstration beurlaubt werden. (...) Wenn Schülerinnen und Schüler unerlaubt vom Unterricht fernbleiben, kann die Schule mit Ordnungsmaßnahmen (z.B. mit einem schriftlichen Verweis) reagieren.

Demonstrationsrecht: Grundsätzlich haben Schülerinnen und Schüler, wie alle anderen Menschen auch, ein Recht darauf zu demonstrieren. In Artikel 8 des Grundgesetzes heißt es: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Nirgendwo steht ausdrücklich geschrieben, dass das nicht in der Schulzeit passieren darf.

Schulministerien reagieren unterschiedlich: In Deutschland sind die Bundesländer für die Schulen zuständig. (...) Sie haben bisher unterschiedlich auf die Schüler-Demos reagiert. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurden alle Schulen an die Schulpflicht der Schüler/innen erinnert. Es wurde gesagt, dass es Möglichkeiten gäbe, die Schulpflicht durchzusetzen. In Niedersachsen wiederum hat das Schulministerium das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz sehr begrüßt. Aber weil die Voraussetzungen für eine Beurlaubung vom Unterricht nicht erfüllt gewesen seien, müsste die Schulleitung ein Fernbleiben den Schülern vorher erlauben.

Gründe für das Demonstrieren während der Schulzeit:

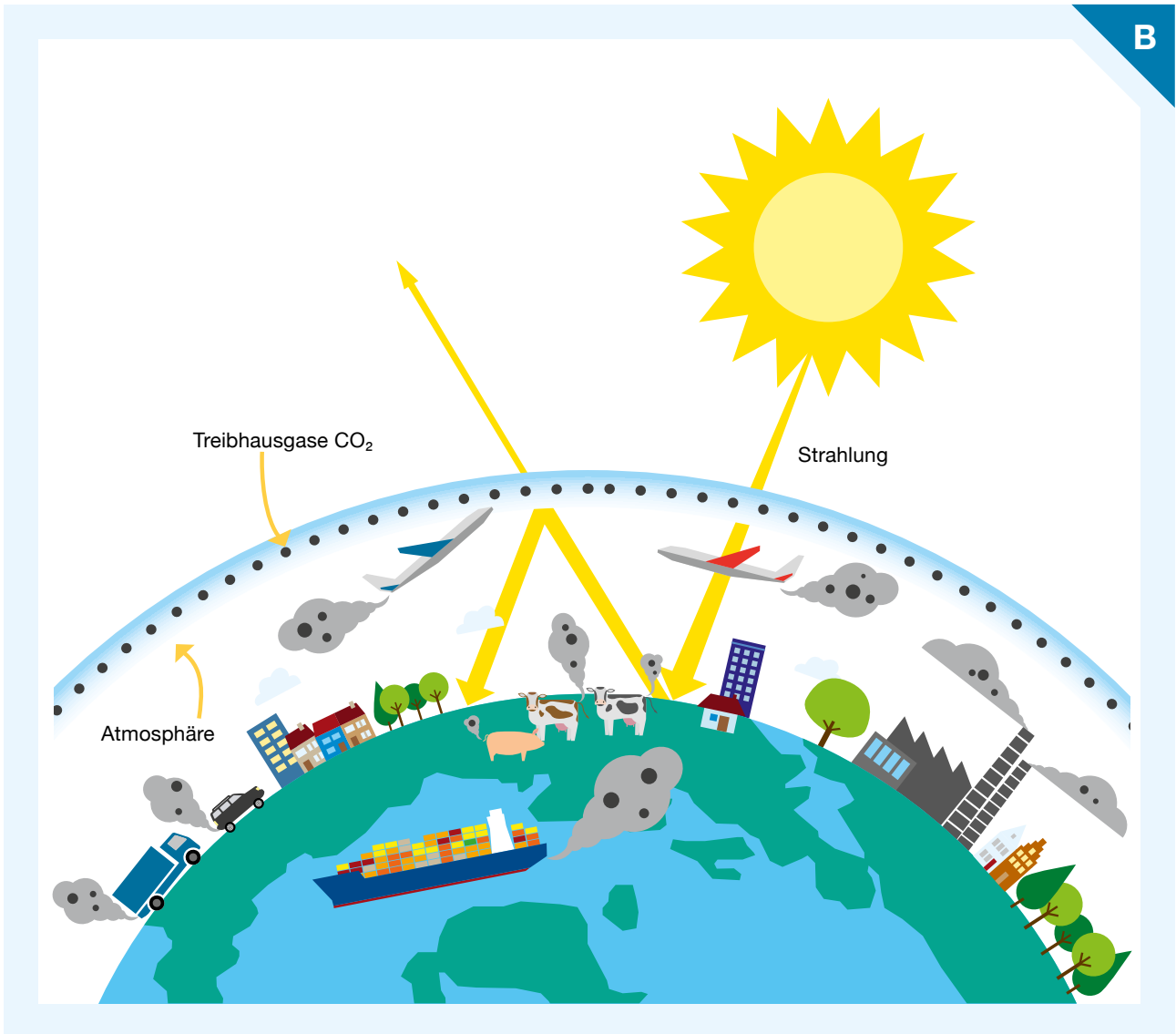
- Demonstrationen in der Freizeit erlangen nicht so viel Aufmerksamkeit.
- Die Jugendlichen müssen es ausbaden, wenn die Klimaziele nicht erreicht werden.

Gründe dagegen:

- Die Schulpflicht ist ein Gesetz, das Sinn macht und beachtet werden muss.
- Erlaubt man das, wird sofort die Frage aufkommen, wieso Fridays for Future erlaubt ist und Demonstrationen für andere politische Ziele nicht.

<https://www.hanisauland.de/node/117417>





Auftrag:

-
1. Schneide alle 16 Materialkarten für die Gruppe C aus.

 2. Erschließe die wesentlichen Informationen aus den Materialkarten
(*Tipp: Die Methodenkarten können dir beim Umgang mit den Materialien helfen.*)

 3. Formuliere mit Hilfe deiner Erkenntnisse eine Antwort
auf die Untersuchungsfrage.

 4. Analysiere alle Materialkarten nochmals in einer Gesamtschau und
arbeite heraus, worin jeweils Bezüge zwischen den jeweils im Material
thematisierten Aspekten und dem Ausgangsfall (Lisa und Can)
gesehen werden können.

 5. Fasse deine bisherigen Ergebnisse gemeinsam mit den anderen
Schüler/-innen der Gruppe B zusammen. Bereitet euch darauf vor,
eure Ergebnisse der ganzen Klasse vorzustellen.
- Austausch:** Jede Gruppe stellt der Klasse ihre bisherigen Ergebnisse vor.
Reihenfolge: Gruppe A → Gruppe B → Gruppe C.
-
6. Bildet gemischte Teams aus den Gruppen A, B und C
und bearbeitet gemeinsam das Arbeitsblatt 3.
-

Der Begriff „**Demokratie**“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. In Deutschland gibt es diese Staatsform seit 1949, zuvor gab es sie bereits einmal von 1918 bis 1933. In einer Demokratie haben alle Bürger und Bürgerinnen die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrscht kein Kaiser, auch kein König und kein General.

In einer Demokratie dürfen alle Menschen frei ihre Meinung sagen, sich versammeln, sich informieren. Es gibt unterschiedliche Parteien, die ihre Vorstellungen in sogenannten Parteiprogrammen kundtun. In einer Demokratie wählen die Bürger/innen Personen und Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Und wenn die Regierung ihre Arbeit schlecht macht, kann das Volk bei der nächsten Wahl eine andere Regierung wählen.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/320071/demokratie>

Von der Homepage der Bewegung „Fridays for Future“:

Wir sind eine Bewegung von jungen Menschen, die aus eigenem Interesse heraus die Aktion **Fridays For Future** in Deutschland umsetzen und verbreiten. (...) Weltweit haben sich ihr Tausende Schüler*innen angeschlossen und demonstrieren unter dem Motto Fridays for Future vor den Parlamenten, statt in die Schule zu gehen. Wir setzen uns für echten Klimaschutz ein und wollen für unsere Zukunft und für die der folgenden Generationen kämpfen. Wir fordern von der deutschen Regierung mehr Klimaschutz und den Kohleausstieg – und zwar nicht erst in zehn Jahren! Auch, wenn wir dafür Unterrichtsstunden verpassen: Das ist uns die existenzielle Frage der Klimakrise mehr als wert. Denn der Klimawandel wartet nicht auf unseren Schulabschluss! (...)

Unser Streik richtet sich nicht gegen Schulen, Universitäten oder gegen Lehrer*innen, sondern gegen die fehlenden, politischen und sozialen Maßnahmen!

<https://fridaysforfuture.de/about/>

Wenn sich Menschen zu einer öffentlichen Versammlung treffen, in langen Reihen mit Lautsprechern, Plakaten und Spruchbändern durch die Straßen ziehen, handelt es sich um eine **Demonstration**. Die Demonstranten wollen auf ihre Meinungen und Forderungen aufmerksam machen. Zum Beispiel könnten sich Bauern treffen, um für höhere Preise bei landwirtschaftlichen Produkten zu demonstrieren. Oder es versammeln sich Arbeiter und Angestellte vor einem Firmengelände, um gegen Massenentlassungen zu demonstrieren. Manchmal sehen wir auch viele Menschen durch die Straßen ziehen, die laut und deutlich ihre Meinung gegen einen Krieg äußern.

<https://www.hanisauland.de/node/1805>

Dieses **Plakat** hing in der vergangenen Woche plötzlich in der Pausenhalle der Schule:

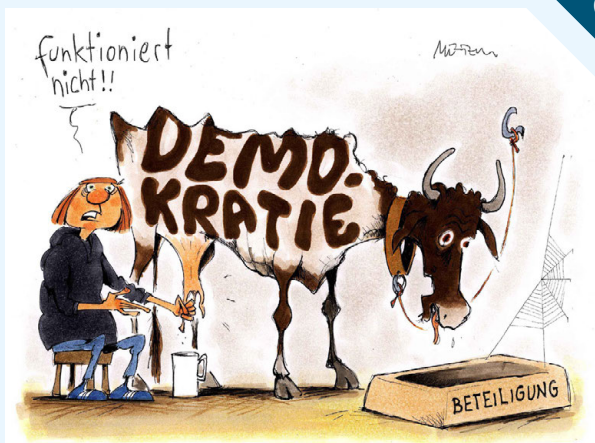
Große Klimademo

Höchste Zeit, dass endlich mehr gegen den Klimawandel unternommen wird! Dafür wollen wir gemeinsam demonstrieren.



Wir sehen uns am **22.09.** um **12 Uhr** auf dem Marktplatz!

Logo: © Fridays for Future Deutschland
Fiktives Plakat



Stichwort – **Partizipation**:

In demokratischen Staaten die freiwillige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben im weitesten Sinne, um dadurch Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16528/partizipation>

Die **Bürgerinnen und Bürger bringen sich in der Demokratie nicht alleine in Wahlen und Abstimmungen zu Gehör**. Im Miteinander-Reden und Miteinander-Handeln wird bürgerschaftliche Öffentlichkeit ausgebildet. Gerade in einer entwickelten und lebendigen Demokratie gibt es Initiativen, Organisationen, Verbände und Vereine, in denen sich Menschen engagieren und für ihre Belange eintreten.

Diese Form der Öffentlichkeit ist auch meinungsprägend für politische Entscheidungsprozesse. Die Zivilgesellschaft (= bekundet auf diese Weise ihren politischen Willen, der dann auf den formalen Verfahrenswegen demokratischer Institutionen Entscheidungsprozesse beeinflussen und strukturieren kann. Die moderne Demokratie lebt davon.

Dort, wo die etablierten Institutionen der repräsentativen Demokratie eine zu große Distanz zu den Bürgern einnehmen oder wo Strukturen zu erstarren drohen, können Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger Veränderungen im politischen System und bei gesellschaftlichen Belangen bewirken.

Aus: bpb (2017): Informationen zur politischen Bildung. Ausg. 332. Demokratie.

Abrufbar: <https://m.bpb.de/izpb/248583/strukturunterschiede-und-herausforderungen>

Dieses Foto haben Lisa und Can am 22.09. aufgenommen:



© Fridays for Future Deutschland

Als die **Klimademo** angekündigt wurde, haben die Lehrer/-innen an Lisas und Cans Schule überlegt, was sie machen sollen. Denn: Die Demo findet während der Schulzeit statt. Sie haben entschieden: Die Schüler/-innen, die an der Demo teilnehmen wollen, können das während der Schulzeit machen. Zwei Lehrerinnen begleiten die Schüler/-innen auf dem Weg zur Demo und zurück. Wenn etwas passiert, sind sie für die Schüler/-innen während der Demo ansprechbar.

Unter dem Motto „Fridays for Future“ haben (...) freitags Zehntausende **Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit für einen besseren Klimaschutz demonstriert.** (...)

Schulpflicht: In Deutschland gilt für Kinder und Jugendliche die Schulpflicht. In wenigen Ausnahmefällen können Schüler/innen wegen der Teilnahme an einer Demonstration beurlaubt werden. (...) Wenn Schülerinnen und Schüler unerlaubt vom Unterricht fernbleiben, kann die Schule mit Ordnungsmaßnahmen (z.B. mit einem schriftlichen Verweis) reagieren.

Demonstrationsrecht: Grundsätzlich haben Schülerinnen und Schüler, wie alle anderen Menschen auch, ein Recht darauf zu demonstrieren. In Artikel 8 des Grundgesetzes heißt es: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Nirgendwo steht ausdrücklich geschrieben, dass das nicht in der Schulzeit passieren darf.

Schulministerien reagieren unterschiedlich: In Deutschland sind die Bundesländer für die Schulen zuständig. (...) Sie haben bisher unterschiedlich auf die Schüler-Demos reagiert. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurden alle Schulen an die Schulpflicht der Schüler/innen erinnert. Es wurde gesagt, dass es Möglichkeiten gäbe, die Schulpflicht durchzusetzen. In Niedersachsen wiederum hat das Schulministerium das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz sehr begrüßt. Aber weil die Voraussetzungen für eine Beurlaubung vom Unterricht nicht erfüllt gewesen seien, müsste die Schulleitung ein Fernbleiben den Schülern vorher erlauben.

Gründe für das Demonstrieren während der Schulzeit:

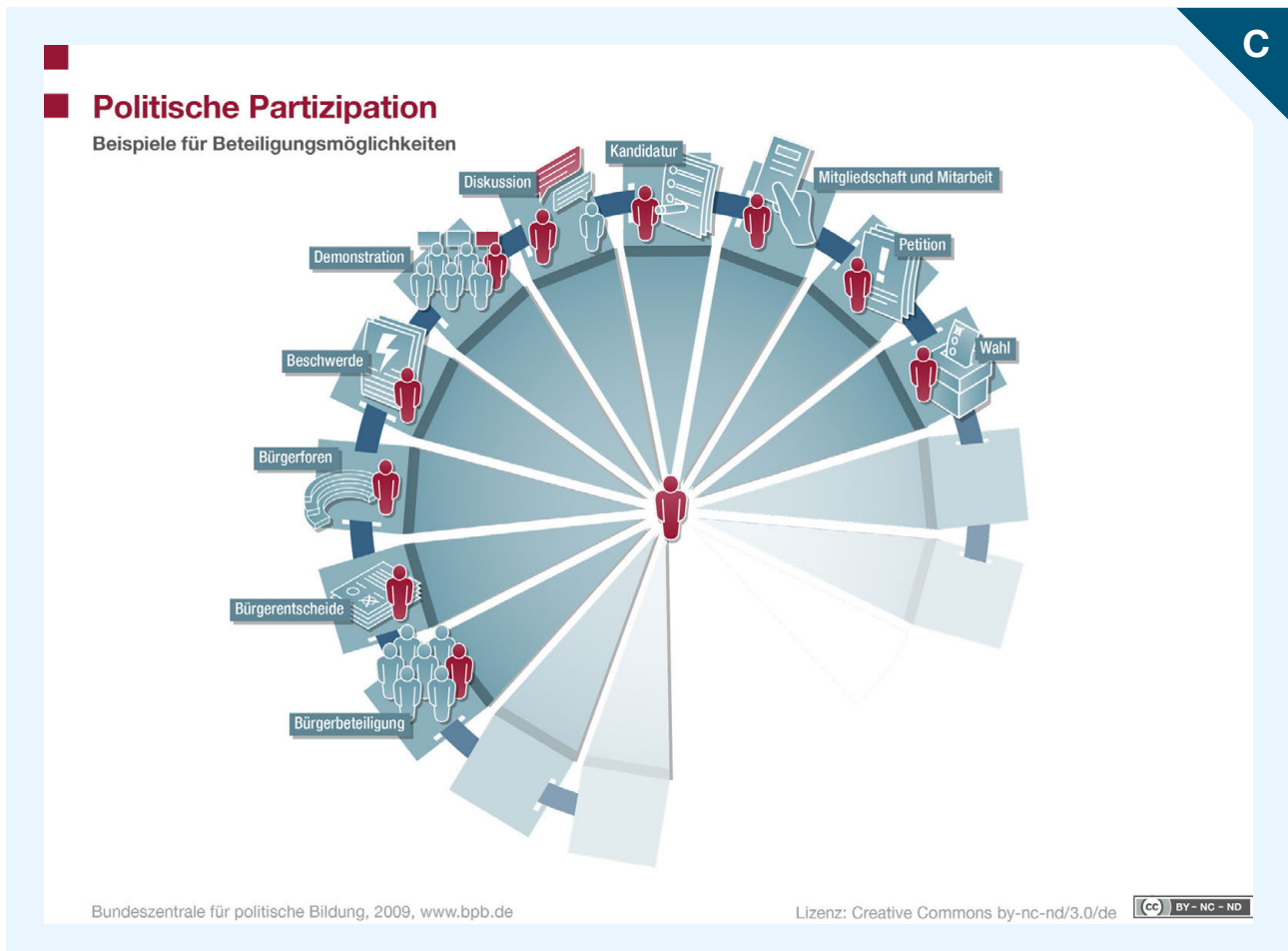
- Demonstrationen in der Freizeit erlangen nicht so viel Aufmerksamkeit.
- Die Jugendlichen müssen es ausbaden, wenn die Klimaziele nicht erreicht werden.

Gründe dagegen:

- Die Schulpflicht ist ein Gesetz, das Sinn macht und beachtet werden muss.
- Erlaubt man das, wird sofort die Frage aufkommen, wieso Fridays for Future erlaubt ist und Demonstrationen für andere politische Ziele nicht.

<https://www.hanisauland.de/node/117417>





Das Wortteil „Zivil“ in dem Begriff „**Zivilgesellschaft**“ kann man ersetzen durch „Bürger“ und „Bürgerin“. „Zivilgesellschaft“ bedeutet „Bürgergesellschaft“. In einer Zivilgesellschaft übernehmen die Bürger Verantwortung für die Gesellschaft und für andere Menschen. Sie setzen sich ein für Demokratie und Gerechtigkeit. Die Bürger engagieren sich in Vereinen, in Kirchen und anderen Organisationen. Sie streiten friedlich und fair miteinander über unterschiedliche Meinungen.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/321491/zivilgesellschaft>

Benjamin Barber: Starke Demokratie

Der amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin Barber macht den Neoliberalismus¹ für den krisenhaften Zustand der Demokratie verantwortlich und entwickelt in seinem Hauptwerk unter dem Titel „Starke Demokratie“ (1984) ein Alternativmodell zur repräsentativen Demokratie. (...) In seiner normativen² Demokratietheorie spricht sich Barber für das Ideal einer „starken Demokratie“ aus, das durch eine Politik umfassender und fortwährender Bürgerbeteiligung geprägt ist. Barber vertritt ein optimistisches Bild eines/er Staatsbürgers/in, der zur mehr und besserer Partizipation qualifiziert ist (...). Ferner besagt die Lehre der „self-transformation“, das Menschen im Prozess der Beteiligung, Diskussion und öffentlichen Willensbildung zu verantwortungsbewussten StaatsbürgerInnen transformiert³ werden (...).

¹ Politische Denkrichtung, die der wirtschaftlichen Freiheit besondere Bedeutung zuweist und dem Staat eine zurückhaltende Rolle zuweist.

² Auf eine als wünschenswert erkannte Entwicklung/Zielsetzung ausgerichtet.

³ Sich grundlegend verändern.

<http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/beteiligungszentrierte-demokratie.html>

UNSERE 100-TAGE-FORDERUNGEN

1. Verabschiedung eines 1,5°C-konformen CO₂-Budgets
2. sofortige Beendigung neuer Erdgasinfrastrukturprojekte + Beschluss des Erdgasausstiegs bis spätestens 2035
3. sozialverträglicher Ausstieg aus allen fossilen Energien in Deutschland
4. Beseitigung aller Ausbaubremsen für Sonnen- und Windenergie + Versiebenfachung des Ausbaus
5. Einleiten einer radikalen, sozial gerechten Mobilitätswende
6. Übernehmen globaler Verantwortung: Deutschland verpflichtet sich, für seine historischen Verantwortungen einzustehen

FRIDAYS FOR FUTURE

JETZT UNTERSTÜTZEN! FUTURE

© Fridays for Future Deutschland

Politische Beteiligung von Jugendlichen?

C

Dafür	Dagegen
Viele Jugendliche sind sehr an Politik interessiert. Sie verfügen in bestimmten Bereichen über großes Wissen und haben Ideen für Veränderungen.	Jugendliche verfügen noch nicht über das notwendige Wissen und Verantwortungsbewusstsein.
Von vielen heute getroffenen politischen Entscheidungen sind gerade Jugendliche in der Zukunft besonders betroffen.	Jugendliche sind zu leicht (zum Beispiel durch Akteure in sozialen Medien) manipulierbar.
Die Beteiligung möglichst Vieler erhöht die Anerkennung politischer Prozesse und Entscheidungen.	Jugendliche sollten sich unbeschwert entwickeln dürfen. Sie sollten noch nicht mit politischen Problemen belastet werden.
Wer in der Jugend an Politik beteiligt ist, wird sich tendenziell auch in Zukunft aktiv einbringen.	Jugendliche neigen zu Extrempositionen. Sie würden deshalb radikale Positionen am Rand des politischen Spektrums stärken.

Autorentext, orientiert an: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/waehlen_mit_16.pdf
(Inhalt nicht mehr verfügbar)



Auftrag:

-
1. Tragt in der Gruppe mögliche Antworten zusammen, die man auf die Diskussionsbeiträge geben könnte.
- (Tipp: es können natürlich auch ganz verschiedene Antworten sein.)*
-

2. Diskutiert die folgende Frage: Demokratie – Was hat das mit mir zu tun?
-

Austausch: Stellt euch in der Klasse kurz gegenseitig vor, was ihr zu den Aufgaben 1 und 2 herausgefunden habt.

(Tipp: Mindestens drei Schüler/-innen pro Gruppe sollten zu Wort kommen – jeweils ein/e Schüler/in aus den ursprünglichen aus den Gruppen A, B und C.)

3. Entwickelt als Klasse gemeinsam eine Wandzeitung auf der Grundlage eurer gesamten Arbeitsergebnisse. Plant das Ziel und den Arbeitsprozess gemeinsam, verteilt dabei unterschiedliche Schwerpunkte und Aufträge. Überlegt euch, wie alles zu einem (auch für Menschen außerhalb eurer Klasse) interessanten und informativen Gesamtergebnis zusammengeführt werden kann.
- (Tipp 1: Wenn ihr auf zusätzliche spannende Fragen zum Thema gestoßen seid, könnt ihr diese natürlich auch weiterverfolgen und z.B. zusätzliche Infos recherchieren /*
- Tipp 2: Eine Wandzeitung kann man natürlich auch in digitaler Form erstellen. Vielleicht kennt ihr sogar ein passendes Tool? Ansonsten helfen euch eure Lehrer/-innen sicher weiter.)*
-

Am Montag sind Lisa und Can wieder in der Schule. Im Politikunterricht spricht die Klasse über die Klimademo. Herr Schulz erklärt, dass Demonstrationen eine Form der Mitwirkung der Demokratie sind. Da entwickelt sich in der Klasse eine Diskussion:

„Demonstrieren?
Das bringt doch nichts!“

„Mit Demonstrationen
kann man direkt Einfluss
auf Politik nehmen.“

„Eine Klimademo
in der Schulzeit
ist ein starkes Zeichen.“

„Demonstrieren
in der Schulzeit?
Lieber nicht.“

„Es wichtig, dass sich
auch Jugendliche
politisch einmischen!“

„Mitmischen
in der Demokratie?
Das ist doch eher
was für Erwachsene.“

Methode → Bildanalyse

Fotos bzw. Bilder spielen in der Kommunikation über politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Themen eine große Rolle. So ist die heutige Medienberichterstattung (v.a. Zeitungen, Internet) ohne eine passende „bildliche Unterstützung“ im Prinzip nicht denkbar. Das ist auch verständlich, wenn man bedenkt, dass ein Bild „auf einen Blick“ eine Vielzahl an Informationen transportieren kann, für die sonst viele geschriebene Sätze notwendig wären. Aber: Die ganze Bandbreite der inhaltlichen Aussagen eines Bildes/Fotos erschließt sich häufig nicht „auf den ersten Blick“. Es empfiehlt sich deshalb, schrittweise an diese Aufgabe heranzugehen:

Schritt 1: Den Ausgangspunkt bildet eine genaue Bildbeschreibung:

Was ist im Vorder- und Hintergrund zu sehen?

Schritt 2: Wofür könnten bestimmte Bildbestandteile/erkennbare Symbole stehen?

(z.B. Demonstrationzug → Verbindung zu einem politisch strittigen Problem)

Schritt 3: Mit welchem übergeordneten Thema steht das Bild/Foto in einem Zusammenhang?

Schritt 4: Mit welcher Bildüberschrift/Bildunterschrift ist das Bild/Foto versehen und welche Bezüge zu den bisherigen Ergebnissen lassen sich herstellen?

Schritt 5: Zusammenfassend: Welche Aussage transportiert das Bild/Foto insgesamt im Zusammenhang mit dem übergeordneten Thema?

Schritt 6: Diskussion: Zu welchen Ergebnissen sind andere Schülerinnen und Schüler gelangt?

Methode → Schritt für Schritt: Eine Karikatur erschließen

Eine Karikatur enthält in der Regel eine zugespitzte Sichtweise auf ein politisches Problem. Oft erschließt sich der ganze Gehalt einer Karikatur aber nur, wenn man sich genauer untersucht. Die folgenden Schritte helfen dabei:

Schritt 1: Beschreibung

- Was ist (insgesamt) zu sehen?
- Welche einzelnen Bildbestandteile sind enthalten?
- Welcher Text ist enthalten? Ist dieser einzelnen Personen zugeordnet?
- Gibt es eine Bildüber- oder -unterschrift?

Schritt 2: Analyse

- Wofür stehen die einzelnen Bildbestandteile?
- Gibt es besondere Symbole?

Schritt 3: Interpretation

- Welches Problem/Ereignis wird durch die Karikatur thematisiert?
- Welche Meinung zu diesem Problem/Ereignis lässt sich in der Karikatur erkennen?

Zusatz: Ausgehend von der gezielten Erschließung einer Karikatur kann eine eigene Stellungnahme zum Problembereich folgen.

Methode → Mit Schaubildern umgehen

Schaubilder und Grafiken fassen verschiedene Informationen zu einem Thema zusammen. Im Gegensatz zu einem herkömmlichen Text werden dabei jedoch neben der Schrift auch zeichnerische/grafische Elemente genutzt, um die Informationen zu strukturieren und zu verdeutlichen. Um die Aussagen eines Schaubilds zu erschließen, bieten sich die folgenden Arbeitsschritte an:

Schritt 1: Verschaffe dir einen Überblick
(Überschrift, Beschriftung, Aufbau des Schaubilds).

Schritt 2: Formuliere das Thema des Schaubilds in eigenen Worten.

Schritt 3: Analysiere die Bildelemente/Symbole. Was wird hier jeweils dargestellt?
Wofür stehen ggf. Symbole?

Schritt 4: Informiere dich über die Quelle und schätze ihre Qualität ein.

Schritt 5: Fasse die Informationen des Schaubilds in einem Text zusammen.

Methode → Infoskizze

Viele Sachverhalte lassen sich besser erklären, wenn man sie zeichnerisch veranschaulicht. Auf diese Weise können wichtige Aspekte auf den Punkt gebracht und verdeutlicht werden.

Schritt 1: Bestimme das Thema, um das es gehen soll.

Schritt 2: Kläre, welche einzelnen Aspekte mit Hilfe einer oder mehrerer Skizzen verdeutlicht werden sollen.

Schritt 3: Überlege dir, wie du bestimmte Aspekte darstellen kannst. Nutze Symbole und Vereinfachungen.

Schritt 4: Wenn du Veränderungen, Entwicklungen oder Gegensätze darstellen möchtest, solltest du auf jeden Fall zwei oder mehr kleinere Skizzen gestalten.

Schritt 5: Überlege dir, an welchen Stellen besondere Hervorhebungen oder Beschriftungen nötig sind. In den meisten Fällen, wird eine Skizze ganz ohne wenige erklärende Worte nicht so gut verständlich sein.

→ *Tip*: Wenn ihr verschiedene Infoskizzen zu einem Thema erarbeitet habt, könnt ihr diese anschließend in Arbeitsgruppen vergleichen und euch gegenseitig ein Feedback geben, mit dessen Hilfe ihr eure Infoskizzen weiter verbessern könnt.

Methode → Wandzeitung

Die Wandzeitung bietet eine gute Möglichkeit, verschiedene Arbeitsergebnisse zu einem bestimmten Thema zusammenzubringen und zugleich ein Informationsangebot für außenstehende Personen zu schaffen.

Schritt 1: Sucht zunächst eine geeignete Stelle für eure Wandzeitung.

→ *Tipp:* In Frage kommen eine freie Wand im Klassenraum, in der Pausenhalle, aber z.B. auch eine große Stellwand.

Schritt 2: Fertigt zunächst eine große und auffällige Überschrift zu eurem Thema an.

Schritt 3: Sammelt diejenigen Materialien und Arbeitsergebnisse, die in eurer Wandzeitung veröffentlicht werden sollen.

→ *Tipp:* Überarbeitet das Material so, dass man es für außenstehende Personen präsentieren kann.

Schritt 4: Fertigt Zwischenüberschriften zu den einzelnen Aspekten eures Themas an. Ordnet die Arbeitsergebnisse/Materialien diesen Zwischenüberschriften zu.

→ *Tipp:* Wenn nötig, schreibt ihr für die einzelnen Aspekte noch kurze Einführungstexte.

Schritt 5: Nun gestaltet ihr eure Wandzeitung mit Hilfe der vorbereiteten Materialien.

Zusatz: Wenn eure Wandzeitung öffentlich zugänglich ist (z.B. in der Pausenhalle), könnt ihr für festgelegte Zeiträume (z.B. die großen Pausen innerhalb einer Schulwoche) Schülerinnen und Schüler aus eurer Klasse als Expertinnen und Experten für die Wandzeitung zur Verfügung stellen. Diese können den Leserinnen und Lesern bei Bedarf Teile der Wandzeitung erläutern und Fragen beantworten.